

**An die Mitglieder des
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben
und Dölau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 01. März 2022

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zurück zu meinem Newsletter mit dem versprochenen Update im Nachgang der Plenarsitzung im Februar.

Unter dem Eindruck des Einmarsches von Russland in die Ukraine am Morgen des 24.02.2022 begann die Plenarsitzung am Donnerstag mit ungewohnter Schwere. Der Landtagspräsident hielt einleitend eine Rede zu der dramatischen aktuellen Lage. Ein Krieg mitten in Europa – unfassbar! Trotz allem musste die Landtagssitzung wie geplant durchgeführt und zum Tagesgeschäft übergegangen werden, was nicht nur mir, sondern auch vielen meiner Kollegen ein mulmiges Gefühl bescherte. Waren die Probleme, mit denen wir uns an diesem Tag im Landtag beschäftigten, doch verschwindend gering gegenüber dem, was den Menschen im Osten Europas geschieht.

Am zweiten Sitzungstag hielt unser Ministerpräsident Reiner Haseloff eine Regierungserklärung zur Lage in der Ukraine und verurteilte das Treiben von Putin scharf.

Zu den Themen der beiden Sitzungstage nachfolgend und auszugsweise ein kleiner Überblick.

1. „Wassergesetz anpassen – Reaktivierung natürlicher Wasserrückhaltung in der Fläche“

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zu ihrem Antrag ausgeführt, dass es durch die anhaltenden Trockenphasen in Verbindung mit zu geringen Niederschlägen seit Jahren zu Dürren kommt. Aus diesem Grund solle das Wasser in der Fläche gehalten werden, um die Wasserverluste zu verringern und die Natur wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Für die Landesregierung hat Herr Mister Willingmann gesprochen. Er betonte, die Änderung des Wassergesetzes sei das zentrale Anliegen der Regierung in dieser

Legislaturperiode. Die Wasserhaltung – anstatt des Wasserabflusses – sei das Ziel. Dieser Aufgabe wird sich gestellt werden. Der Paradigmenwechsel wird jedoch nicht bis Juni dieses Jahres gelingen. Vorab muss geklärt werden, welche Ressourcen notwendig sein werden. Die aktuellen Strukturen müssen erfasst und der finanzielle Aufwand muss evaluiert und belegt werden. Das alles benötigt Zeit.

Die Fraktion der CDU führte an, dass der Antrag am Ziel vorbei gehe. Das Verfahren zum Gewässerausbau ist in §§ 89 ff. WG (Wassergesetz) bereits geregelt, sodass der Antrag offensichtlich unbegründet ist. Es müssen fachliche, sachgerechte Lösungen gefunden werden, Druckaufbau in zeitlicher Hinsicht bringe niemanden weiter.

Die Fraktion der AfD hat ausgeführt, dass sich die Grundwasserstände teilweise seit der Dürren im Jahr 2018 noch nicht wieder erholt haben. Das Ziel sollte also die nachhaltige Nutzung von Wasser sein. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollten selber einen Gesetzesentwurf vorlegen, in fünf Jahren Regierungszugehörigkeit haben sie das Ressort Umwelt gestellt, jedoch selber nicht gehandelt.

Die Fraktion der FDP hat angebracht, dass Sachsen-Anhalt seit 140 Jahren die trockenste Region im Bundesgebiet sei und wir uns mit einem guten Wassermanagement beschäftigen sollten. Aus diesem Grund wird auch das Wassergesetz überarbeitet werden. Die Koalition setzt jedoch auf Gründlichkeit anstatt Schnelligkeit. Und bis zum 30.06.2022 ist dies nicht zu schaffen.

Die Fraktion DIE LINKE äußerte sich dahingehend, dass sich Dürren und extreme Niederschläge abwechseln würden. Hier schlägt der Klimawandel zu. Der Wasserstraßendienst des Landes muss entwickelt werden. Ziel muss sein, den Boden als wichtigsten Wasserspeicher zu ertüchtigen und zu erhalten. Die Wasserrückhaltung muss auch in der Stadt passieren. Dafür ist es wichtig, Flächen nicht mehr zu versiegeln, sondern zu entsiegeln. Außerdem müsse die Wasserqualität verbessert werden. Schlussendlich sei der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht schlecht, greife aber zu kurz.

Die Fraktion der SPD führte aus, dass durch den voranschreitenden Klimawandel die Wahrscheinlichkeit von Dürre und Starkregenereignissen steigt. Die Niedrigwasserstände müssen bekämpft werden. Bisher fließt das Wasser durch den zu trockenen Boden zu schnell ab. Es bedarf hier aber umfangreicher Vorarbeiten. In den nächsten Monaten werden viele Gespräche mit Experten stattfinden. Abkürzen kann man diesen Prozess nicht.

Beantragt wurde die Überweisung in den Unterausschuss. Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag jedoch abgelehnt, es erfolgte auch keine Überweisung in den Ausschuss.

2. „Erprobung neuer Modelle zur Unterrichtsorganisation an den Schulen in Sachsen-Anhalt“

Der Antrag wurde gemeinsam durch die Fraktionen der CDU, SPD und FDP gestellt.

Die Fraktion der CDU führt aus, dass der Antrag aus dem Herzen der Bildung kommt – nämlich aus den Schulen. Niemand hilft, wenn sich morgens plötzlich mehrere Lehrer krankmelden. Die täglichen Aufgaben müssen trotzdem erledigt werden. Die Schulen wünschen sich die Möglichkeit der Gestaltung flexibler Modelle. Bspw. solle die aktuell bestehende 45-Minuten-Stunde auf 40 Minuten gekürzt werden. Hier würde dann das „80+10 Modell“ Anwendung finden (80 Minuten Unterricht, 10 Minuten für andere Dinge).

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Feußner darauf hingewiesen, dass sich der Bildungsausschuss am 10.02.2022 zwei Modelle hat vorstellen lassen. Hier wurde deutlich, dass das 80+10 Modell aus pädagogischen Aspekten heraus entstanden ist. Es soll durch die Verkürzung der Unterrichtsstunden nicht der Lehrermangel bekämpft werden, es soll aber auch nicht zur Mehrarbeit für Lehrkräfte kommen.

Die Fraktion der AfD hat angebracht, dass diese Modelle nicht das Problem des Lehrkräftemangels und der Qualitätsdefizite beseitigt. Ziel sollte sein, dass der Lehrerberuf attraktiver gemacht wird, da sich zu wenige junge Leute hierfür entscheiden. Eine Unterrichtsverkürzung hingegen führe ggf. zur Schwächung der Kernfächer und sollte vorab überprüft werden.

Die Fraktion der SPD hat klargestellt, dass der Antrag nicht den Ansatz der Bekämpfung des Lehrkräftemangels beinhaltet. Es soll vielmehr neue Möglichkeiten der Gestaltung bringen. Der Antrag ist modelloffen, das heißt, Schulen, die etwas ändern möchten, sollen dies auch dürfen. Es geht darum, der Lehrerschaft Freiräume zu schaffen, um ihre Vorstellungen von Modellen verwirklichen zu können.

Die Fraktion DIE LINKE vertritt die Meinung, dass durch den Antrag nur dem Lehrkräftemangel begegnet wird. Die Arbeitszeit für Lehrkräfte wird steigen. Sofern es nur um pädagogische Inhalte gehen sollte, wäre kein Beschluss im Landtag notwendig. Außerdem gäbe es hierfür keine Rechtsgrundlage.

Die Fraktion der FDP hat zum gemeinsamen Antrag angeführt, dass es unkonventionelle und kreative Lösungen für die Probleme der Schulen braucht. Ziel des Antrags ist es, neue Modelle zur Erprobung zu bringen. Gegen arbeitszeitrechtliche Regelungen soll nicht verstoßen werden und auch die Arbeitszeit der Lehrer soll nicht erhöht werden. Der Wunsch der Gestaltung kam immerhin aus den Schulen, also direkt aus der Praxis.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat ihre Freude zum Ausdruck gebracht, dass insbesondere die CDU neue Wege bei der Bekämpfung des Lehrkräftemangels geht. Der Antrag eignet sich hierfür aber nicht. Selbst Lehrer und Schüler kritisieren wohl den Ansatz. Vorab hätten wichtige Fragen geklärt werden müssen. Es sollten alle modernen Gestaltungsmöglichkeiten genutzt werden, so wie bspw. die Chancen der Digitalisierung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte, die Vergütung der Grundschullehrer muss angepasst werden etc.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag der Koalitionsparteien mehrheitlich angenommen.

3. „Weidetierhaltung endlich durch Prämie sichern!“

Der Antrag wurde durch die Fraktion der AfD gestellt mit der Forderung, den Weidetierhaltern eine auskömmliche Prämie zukommen zu lassen. Weidetierhalter leisten für die Umwelt einen wichtigen Beitrag. Landwirte könnten wohl 1,00 € bis 2,00 € pro Hektar abgeben. Ziel des Antrags sei, dass die Weidetierhaltung erhalten werden müsse.

Für die Landesregierung hat Herr Minister Schulze gesprochen. Ab 2023 wird wohl eine Unterstützung für Muttertiere eingeführt. So soll die Prämie für eine Ziege bzw. Schafkuh 34,00 € und 77,00 € für eine Mutterkuh betragen. Die Förderung wird es also aus EU-Mitteln geben. Das Land muss hier damit zunächst nichts veranlassen. Auch für die Verwaltung wird ein zweckmäßiges Verfahren eingeführt werden. Die nachhaltige Weidetierhaltung soll gestärkt werden, da dies auch für die Deichbewirtschaftung wichtig sei. Hier gibt es bereits regelmäßigen Austausch zwischen Schäfern und der Verwaltung.

Die Fraktion der SPD führt aus, dass die Koalitionsparteien gerade mitten in den Abstimmungen zu passenden Förderungsinstrumenten seien. Weidetiere sind unabdingbar und gehören zur landwirtschaftlichen Tradition. Für die Weidetierhalter ist es fast unmöglich, mit dem Verkauf von Wolle und Fleisch ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Öffentliche Gelder sind hier also ein wichtiger Finanzierungsteil. Nur etwas mehr als die Hälfte der Deiche werden durch Weidetiere bewirtschaftet, da es einfach zu wenige Weidetiere gibt.

Die Fraktion DIE LINKE merkte an, dass der Vorschlag einer solchen Förderung schon einmal erfolgte, damals jedoch leider abgelehnt wurde. Andere Bundesländer hätten bereits eine Weidetierprämie eingeführt. In Sachsen-Anhalt gäbe es die Ausrede, dass im Jahr 2023 etwas aus EU-Mitteln kommen wird. Die Fraktion DIE LINKE fordert schon im Jahr 2022 aus Landesmitteln eine Prämie in Höhe von 30,00 € für Schafe und Ziegen und 60,00 € für Kühe. Hierzu lag ein Alternativantrag der Fraktion vor.

Die Fraktion der FDP führt an, dass die Weidetierhaltung bundesweit unter enormen finanziellen Druck steht. Die Schäfer wollen in Ruhe mit der Natur und ihren Herden wirtschaften. Es werden keine komplizierten, sondern praktische Lösungen benötigt, welche man im Ausschuss intensiv diskutieren sollte.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprach über einen unschätzbaren Wert der Weidetierhaltung. Im Alternativantrag finden sich Unterstützungsmaßnahmen, jedoch fehle die ökonomische Basis. Eine ausschließliche Förderung der Muttertiere sei zu kurz gedacht, es müssen bspw. auch verpflichtende Weidegänge berücksichtigt werden.

Die Fraktion der CDU spricht sich ebenfalls für die Förderung der Weidetierhaltung aus. Grünlandflächen- und Deichpflege durch Schafe und Ziegen sind optimal und dies muss aufrechterhalten bleiben. Die Pachthöhen der Grünflächen sollen jedoch im Ausschuss diskutiert werden.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurden alle Anträge in den Landwirtschaftsausschuss überwiesen.

4. „Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Lage in der Ukraine“

Herr Ministerpräsident Haseloff hat hier für die Landesregierung eine Erklärung abgegeben. Alle Fraktionen verurteilten, was Russland bzw. Putin tut. Die Fraktion der AfD wiederum hat die Ereignisse relativiert und sieht die Schuld auch beim Westen.

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Solidarisierung mit der Ukraine wurde angenommen.

5. „Erst tendenziell mehr und nun doch ganz sicher weniger Schulsozialarbeit – das Land zieht sich aus der Verantwortung“

Die Fraktion DIE LINKE hat hier eine aktuelle Debatte zum Thema eingebracht. Geplant war ein Ausbau der Schulsozialarbeit, die hierfür eingeplanten Gelder sind dann jedoch anderweitig verwendet worden. Nun soll es wohl sogar zu einem Abbau kommen. Die Fraktion DIE LINKE möchte für den Ausbau der Schulsozialarbeit endlich die notwendigen Mittel investiert haben. Die Landkreise sollen kurzfristig für die entstehenden Kosten entlastet werden.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Feußner zu bedenken gegeben, dass die Schulsozialarbeit als Teil der Jugendhilfe nur stattfinden kann, wenn auch eine Mitfinanzierung durch die Jugendhilfe erfolgt.

Die Fraktion der SPD führt aus, dass diskutiert wurde, die Stellen beizubehalten. Hier sollte die freiwillige Kostentragung durch die Kommunen als Pflicht bleiben, damit es eben zu keinem Abbau kommt. Es gibt allerdings ein Problem, den kommunalen Finanzanteil zu halten. Hier möchte sich die SPD im Landeshaushalt für eine Korrektur stark machen, damit die Schulsozialarbeit gesichert ist, gleichzeitig aber die Kommunen nicht überfordert werden.

Die Fraktion der AfD vertritt die Meinung, dass bereits der Begriff Schulsozialarbeit ein Problem darstellt. Entweder ist es Sozialarbeit oder Bildungsarbeit. Der Begriff Schulsozialarbeit zeugt von Überforderung der Schulen. Außerdem ist Schulsozialarbeit ein Krisensymptom, da dies keinen Einfluss auf die Schulabbrecherquote habe. Es handelt sich hierbei um eine Fehlinvestition, da das Geld, welches man investiert hat, nichts bringt. Schulsozialarbeit darf es nur dort geben, wo sie dringend benötigt wird, also an Brennpunkten.

Die Fraktion der FDP führt aus, dass Schulsozialarbeit wichtig sei. Sie wirkt präventiv, löst Probleme und unterstützt die Schulen. Die Fraktion der FDP setzt sich für Verstetigung und Ausweitung der Schulsozialarbeit ein. Hier soll es mehr Unterstützung vor Ort und bessere Zusammenarbeit mit den Schulen geben.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringt ein, dass der Abbau der Schulsozialarbeit durch die Koalitionsparteien ein Skandal sei. Junge Menschen scheinen nicht wichtig genug zu sein. Die Schulabbrecherquote sei in Sachsen-Anhalt doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Ausreichend Geld müsste bei dem riesigen Haushalt von 13,7 Mrd. € für 2022 da sein. Auch Schulsozialarbeiter sind Teil bei der Bekämpfung des Lehrkräftemangels, da sie Lehrer bei der Betreuung und den nichtschulischen Aufgaben entlasten können. Gerade in Corona-Zeiten sei der Bedarf besonders hoch. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich dafür ein, dass jede Stelle erhalten bleibt. Kommunen können kein Geld mehr für die freiwillige Aufgabe einstellen. Aus diesem Grund ist auch der Erlass der Bildungsministerin ein Zeichen von Ignoranz gegenüber den Kommunen und der Schulsozialarbeit.

6. „a) Verbraucher entlasten, Energiearmut verhindern – CO₂-Steuer und EEG-Umlage schnellstmöglich abschaffen

b) Keine leeren Versprechen – Energiepreise senken – Menschen und Unternehmen entlasten“

Die Fraktion der AfD führt aus, dass durch die CO₂-Steuer alles teurer wird, wie z. B. Treibstoff. Das meiste davon lande beim Staat. Auch der Strompreis explodiert, die Preise hier haben sich verdreifacht. Die Senkung der EEG-Umlage nütze kaum etwas. Die Streichung der EEG-Umlage ist jedoch ein Tropfen auf dem heißen Stein, da sich bald niemand mehr Energie leisten könne. Die Fraktion der AfD forderte die schnellstmögliche Abschaffung der EEG-Umlage, keine Subventionierung von Ökostrom und die Abschaffung der CO₂-Steuer. Die Landesregierung solle sich im Bundesrat dafür einsetzen.

Die Fraktion DIE LINKE führt im Rahmen des Alternativantrags aus, dass sich die Preisexplosionen weiter zuspitzen werden. Während normale Menschen unter den Preisen leiden, füllen sich die Eigentümer von ALDI & Co. weiterhin die Taschen. Es müssen die Menschen, die unter den Preissteigerungen leiden, entlastet werden. Es solle eine Prämie in Höhe von 200,00 € pro Person für Menschen mit Einkommen unter der Armutsrisikoschwelle geben. Außerdem sollen die Sätze für ALG II, Wohngeld und Grundsicherung sofort erhöht werden, mindestens um die Inflationsrate.

Für die Landesregierung hat Herr Minister Willingmann ausgeführt, dass sich der Ukraine Konflikt auch auf uns und die Energiepreise auswirken wird. Die Bundesregierung habe bereits mit der Abschaffung der EEG-Umlage zum 01.07.2022 reagiert. Zudem gibt es wohl einen Zuschuss zu den Heizkosten.

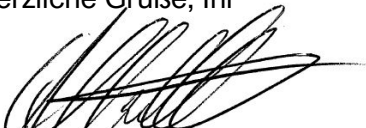
Die Fraktion der CDU bringt ein, dass das Thema die Menschen immer mehr bewegt. Die Bürger leiden unter den stark gestiegenen Preisen. Besonders Geringverdiener und Haushalte der Mittelschicht sowie die Unternehmen treffe es. Das gefährdet die Gesellschaft und die Wettbewerbsfähigkeit. Die CO₂-Steuer und die EEG-Umlage seien Instrumente des Bundes. Bereits im Januar hat Herr Ministerpräsident Haseloff klar Position im Bund bezogen. Die Anpassung von Steuern und Abgaben sind unausweichlich. Wir dürfen jedoch nicht nur auf die Menschen am Rande der Armutsgrenze schauen, sondern auf alle – denn es trifft jeden.

Die Fraktion der FDP vertritt die Meinung, dass beide Anträge obsolet seien. Die Bundesregierung hat das Problem gesehen und in Angriff genommen.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde sowohl der Antrag der Fraktion der AfD als auch der Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE in den Ausschuss für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt überwiesen.

Die nächste Plenarsitzung findet am 24.03.2022 und 25.03.2022 statt. Wir lesen uns also in etwa drei Wochen wieder. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Christian Albrecht', written over a horizontal line.

Christian Albrecht MdL

Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben